

CDU Kreisverband Euskirchen, An der Vogelrute 9, 53879 Euskirchen

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel MdB

Herrn Ministerpräsident
Armin Laschet MdL

per E-Mail

28. Mai 2020

Pläne Belgiens für Atommüll-Endlager in Ostbelgien

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,

in Belgien ist am 15.04.2020 eine „öffentliche Konsultation“ gestartet, in der die Föderale Agentur für radioaktive Abfälle (ONDRAF) um Stellungnahmen zu sieben Regionen bittet, die ihrer Ansicht nach für ein atomares Endlager in Frage kommen. Mindestens zwei ausgewählte Regionen sind in unmittelbarer Nähe (ca. 20-30 km) zum Kreis Euskirchen, weshalb eine kritische Auseinandersetzung mit den belgischen Plänen unumgänglich ist.

Ein Endlager für Atommüll am Rande eines Nationalparks, inmitten von Naturschutzgebieten und in einer Gegend mit enormen Trinkwasservorkommen ist inakzeptabel. Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Wirtschaft wären massiv. Der Lebensraum Eifel und die Lebensbedingungen drohen grenzübergreifend großen Schaden zu nehmen.

Wir haben erhebliche Zweifel, ob das durch Vulkanaktivität, massive tektonische Kräfte und Erosion entstandene Gebiet tatsächlich geeignet ist, Atommüll sicher zu lagern. Die Ängste vieler Menschen in der Eifel und dem Hohen Venn sind begründet. Die andauernden Störungen bei den belgischen Pannenreaktoren Tihange und Doel haben die Sensibilität in den letzten Jahren erhöht.

Bemerkenswert ist, dass es – nach den uns vorliegenden Informationen – noch keine umfassenden Untersuchungen der potentiellen Regionen gab. Umweltauswirkungen spielten

im laufenden Verfahren bisher keine Rolle. Es ist fraglich, ob diese Verfahrensweise klug ist. Ohne eine ganzheitliche Betrachtung ist eine Entscheidung nicht statthaft. Dass nun ein Endlager am Rande des Hohen Venn (Hochmoor) entstehen könnte, das gleichzeitig als UNESCO-Welterbe-Stätte anerkannt werden soll, ist paradox.

Mit Abschluss der „öffentlichen Konsultation“ wird das Verfahren für ein Endlager in Belgien nicht abgeschlossen sein. Weitere wissenschaftliche Untersuchungen und politische Beratungen werden folgen. Es ist aber wichtig, dass sich Deutschland und Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich ein Bild von der Lage machen und die Interessen der Menschen in der Eifel nachdrücklich vertreten.

Wir stehen in Kontakt mit Abgeordneten des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG) in Ostbelgien. Dort steht man den Plänen der ONDRAF ebenfalls entschieden entgegen. Das PDG wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, wie es in einem Resolutionstext heißt, gegen ein Endlager für radioaktiver Abfälle wehren. Zugleich wird kritisiert, dass bisher keine transparenten Informationen oder Beteiligungen an Entscheidungsprozessen existieren. Man befürchtet, dass Belgiens geplanter Ausstieg aus der Kernenergie nun genutzt werden soll, um mit Druck einen Standort zu finden. Die politischen Beratungen verlaufen in unserem Nachbarland ungewöhnlich bzw. zum Teil ungeordnet, weil es keine stabile föderale Regierung gibt.

Es gibt bereits intensive Auseinandersetzungen zwischen Belgien und seinen Nachbarstaaten Luxemburg und Niederlande. Von daher wäre auch eine Reaktion deutscher Regierungen folgerichtig. Die nachbarschaftliche Beziehung zu Belgien kann langfristig großen Schaden nehmen. Insbesondere jetzt, wo öffentliche Kundgebungen und Versammlungen Corona-bedingt nur schwer durchführbar sind, ist eine Positionierung entscheidend.

Die Prüfung der belgischen Pläne und die Auswirkungen auf deutsche Gebiete sind dringend geboten. Bundes- und Landesregierung müssen die Initiativen aus den Kommunen und der Bürgerschaft mit geeigneten Mitteln ergänzen. Der Protest gegen Standorte, die unmittelbare Auswirkungen auf unser Land haben können, muss zeitnah und entschieden erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Seif MdB
CDU-Kreisvorsitzender



Johannes Winckler
CDU-Landratskandidat für den Kreis Euskirchen